Deutscher Bundestag
10. Wahlperiode

Drucksache 10/2823

01. 02. 85

Sachgebiet 80

Kleine Anfrage

des Abgeordneten Dr. Jannsen und der Fraktion DIE GRÜNEN

Strukturprobleme in der Berufsausbildung

Angesichts einer sich ständig verschlechternden und verschärfenden Ausbildungs- und Beschäftigungssituation junger Menschen fragen wir die Bundesregierung:

1. Teilt die Bundesregierung die Auffassung der GRÜNEN, daß die Zahl der „unversorgten Jugendlichen" höher ist, als in den Statistiken der Bundesanstalt für Arbeit angegeben, und welche Konsequenzen gedenkt sie ggf. daraus zu ziehen?
2. Welche Mängel und Strukturprobleme weist nach Auffassung der Bundesregierung die jährlich vorgelegte „Berufsbildungsbilanz" des DGB auf?
3. Worauf führt es die Bundesregierung zurück, daß die in den Berufsbildungsberichten 1980 bis 1984 angestellten Schätzungen über die Zahl der für das nächste Jahr um einen Ausbildungsplatz nachsuchenden Jugendlichen regelmäßig um mehrere Tausend zu niedrig lag, und welche Konsequenzen gedenkt sie daraus zu ziehen?
4. Teilt die Bundesregierung die Auffassung der GRÜNEN, daß die Unternehmer ihrem im Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 10. Dezember 1980 festgelegten Auftrag zur Bereitstellung von Ausbildungsplätzen für alle Jugendlichen trotz des Lehrstellenangebots der Jahre 1983 und 1984 nicht vollständig nachkommen?
5. Liegen der Bundesregierung neue Erkenntnisse über die Zahl nicht ausbildungsfähiger Jugendlicher vor, insbesondere ist die Zahl dieser Jugendlichen in den letzten beiden Jahren gestiegen oder gesunken?
6. Welche Anstrengungen wird die Bundesregierung in den nächsten Monaten unternehmen, um allen Jugendlichen – auch den unversorgten der letzten Jahre – einen Ausbildungsplatz zur Verfügung zu stellen?
7. Hält die Bundesregierung noch an dem Ziel der Berufsausbildung für alle Jugendlichen fest, und wie vermag sie ihre Meinung insbesondere denjenigen Jugendlichen des Schulabgängerjahrgangs 1983/84 zu verdeutlichen, die immer noch auf einen Ausbildungsplatz warten?

8. Ist die Zahl von 11 % Jugendlicher eines Jahrgangs, die keine Berufsausbildung erhalten (Berufsbildungsbericht 1981, S. 4), noch aktuell bzw. wie hat sich die Anzahl der Jugendlichen ohne Berufsausbildung am Jahrgang seither entwickelt?

9. Hat die Bundesregierung die Absicht, zukünftig auf die Situation von Mädchen und jungen Frauen im Rahmen ihrer jährlichen Berufsausbildungsberichte (etwa in Form eines eigenen Kapitels) ausführlich einzugehen oder bleibt sie bei der gegenwärtigen Praxis einer eher beiläufigen Erwähnung?

10. Welche Entwicklungen in der schulischen Erstausbildung bei Mädchen und jungen Frauen war im Vergleich zu Jungen und jungen Männern in den Jahren 1979 bis 1984 (aufgeteilt nach Schulabschlüssen: Sonderschule, Hauptschule, Realschule, Gymnasium, Berufsfachschule einschließlich Berufsgrundbildungsjahr) zu verzeichnen?

11. Wie viele Mädchen und junge Frauen haben im Vergleich zu Jungen und jungen Männern nach Abschluß welcher Schulart in den Jahren 1979 bis 1984 im Verlaufe des Jahres ihres Schulabganges keinen Ausbildungsplatz gefunden?

12. Wie viele Mädchen und junge Frauen wurden in den Jahren 1983 und 1984 nach Abschluß ihrer Berufsausbildung arbeitslos, und in welchen Berufen war dies der Fall?

13. Welche besonderen Anstrengungen wird die Bundesregierung unternehmen, um die Berufsausbildung von Mädchen und jungen Frauen in besonderem Maße zu fördern (z. B. Quotierung von Ausbildungsplätzen)?

14. Welche Folgerungen – eventuell Veränderungen im Berufsbildungssystem – zieht die Bundesregierung aus den Ergebnissen der Modellversuche „Ausbildung junger Frauen in gewerblich/technischen Berufen"?

15. Welche neuen Angebote plant die Bundesregierung für die Ausbildung von Mädchen und jungen Frauen?

16. Wie hoch ist der Anteil von Mädchen und jungen Frauen an der Gesamtzahl der Auszubildenden in den Bonner Bundesbehörden, und wie unterscheidet er sich in den einzelnen Ausbildungsberufen?

17. Wie viele Mädchen und junge Frauen befinden sich im Schuljahr 1984/85 in „Berufsvorbereitungsmaßnahmen" (d. h. „Berufsvorbereitungsjahr" und einschlägige Maßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit), wie hoch ist ihr prozentualer Anteil in diesen „Maßnahmen", und wie erklärt die Bundesregierung den Tatbestand, daß Jungen und junge Männer in diesen „Maßnahmen" bei weitem überrepräsentiert sind?

18. Hält die Bundesregierung die Berufsausbildungssituation der ausländischen Jugendlichen für außerordentlich alarmierend und beabsichtigt sie, dies entgegen der bisherigen Praxis zukünftig in den jährlichen Berufsbildungsberichten ausführlich zu erläutern?

19. Wie hoch war der Anteil der eine Berufsausbildung absolvierenden ausländischen Jugendlichen gemessen an der Gesamtzahl des in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Personenkreises, und welche Anstrengungen beabsichtigt die Bundesregierung zu unternehmen, um allen ausländischen Jugendlichen eine voll qualifizierte Berufsausbildung zukommen zu lassen?

20. Hält die Bundesregierung Modellversuche für die geeigneten Mittel, Probleme dauernder, massenhafter Ausbildungslosigkeit bei weiblichen und ausländischen Jugendlichen zu lösen? Welche Lösungen im Berufsbildungsbericht stellt sie sich gegebenenfalls vor?

21. Teilt die Bundesregierung nach wie vor die Auffassung von Bundesarbeitsminister Dr. Blüm, daß diejenigen Betriebe und Verwaltungen, die nicht in demjenigen Maße ausbilden, zu dem sie von ihrer wirtschaftlichen und personellen Leistungskraft in der Lage wären, also die „Trittbrettfahrer" (Bundesarbeitsminister Dr. Blüm), in der Berufsausbildung verstärkt zu Ausbildungsanstrengungen angehalten werden müssen (vgl. dpa-Meldung vom 23. September 1983), und welche Vorstellungen hinsichtlich der Finanzierungsregelung einer solchen Berufsausbildung schweben ihr dort vor?

22. Wie viele Unternehmen im Bereich

    a) der Handwerkskammern,

    b) der Industrie- und Handelskammern

    beschäftigten im Ausbildungsjahr 1983/84

    — gar keine Auszubildenden,
    — weniger als 5 % Auszubildende an der Gesamtzahl der bei ihnen Beschäftigten,
    — weniger als 10 % Auszubildende an der Zahl der bei ihnen Beschäftigten?

23. Wie viele der Betriebe mit mehr als 1 000 Beschäftigten in der Bundesrepublik Deutschland erbrachten im Ausbildungsjahr 1983/84 eine Ausbildungsleistung nach den in der vorgenannten Frage genannten Kategorien?

24. Aus welchen Gründen vermag sich die Bundesregierung nicht zu einer positiven Bewertung

    a) der von einigen Kammern in der Bundesrepublik Deutschland praktizierten Umlagefinanzierungsmodelle zur Förderung von Berufsausbildung,

    b) des von den Gewerkschaften vorgeschlagenen Modells einer bundesweiten Fondslösung zur Ablösung der einzelbetrieblichen Finanzierung der Berufsausbildung und

    c) einer zumindest regionalen Einführung dieses Fondsmodells

    zu entschließen?

25. Welche Finanzierungsregelung wird gegenwärtig aufgrund der Tatsache von der Bundesregierung vorangetrieben, daß

das Bundesinstitut für Berufsbildung auch heute noch eine personell umfangreiche Hauptabteilung „Finanzierung der Berufsausbildung" unterhält?

26. Wie hoch waren in den Jahren 1980 bis 1984, aufgeschlüsselt nach Zuwendungsarten Bundesausbildungsförderungsgesetz, Arbeitsförderungsgesetz, Direktzahlungen des Bundes und der Länder, sonstige Aufwendungen, die staatlichen Aufwendungen zur finanziellen Förderung der Berufsausbildung, und mit welchem Instrumentarium wurden diese finanziellen Aufwendungen koordiniert?

27. Dürfen die GRÜNEN aus dem Tatbestand, daß auch im Bundeshaushalt 1985 in den Ansätzen einzelner Bundesministerien (vgl. z. B. Ansatz für den Haushalt des Bundesministeriums der Verteidigung, Anlage zur Drucksache 10/1800, Einzelplan 14, S. 26) nach wie vor eine Berufsbildungsabgabe nach dem Ausbildungsplatzförderungsgesetz vorgesehen ist, schließen, daß die Bundesregierung noch in dieser Legislaturperiode die Absicht hat, diese Abgabe doch noch zu erheben?

28. Wie hoch waren die Aufwendungen der Bundesregierung für die zum Jahresende bundesweit geschalteten Anzeigen „Danke Deutschland", und wie viele Ausbildungsplätze hätten im „Programm zur Förderung der Berufsausbildung benachteiligter Jugendlicher" damit geschaffen werden können?

29. Hat die Bundesregierung die Absicht, auch im Jahre 1985 solch unkonventionelle Maßnahmen zur Ausbildungsplatzwerbung, wie etwa die Zusammenarbeit mit einer großen deutschen Tageszeitung, die Verlosung von Ausbildungsplätzen durch Bundesminister oder die Anzeigenserie „Danke Deutschland" fortzusetzen, und welche konkreten Initiativen sind hier geplant?

30. Wie viele Abiturienten/innen haben in den Jahren 1980 bis 1984 in demselben Jahr ihres Schulabgangs bzw. sofort nach Ableistung des Grundwehrdienstes oder Zivildienstes eine Berufsausbildung

    a) im dualen System,

    b) in anderen Bereichen (öffentlicher Dienst, Gesundheitsberufe, Berufsfachschulen etc.)

    aufgenommen, worauf führt die Bundesregierung die gestiegene Nachfrage dieses Personenkreises zurück, und welche bildungspolitischen Konsequenzen zieht sie aus der dort sichtbaren Entwicklung?

31. Wie viele Absolventen einer Berufsausbildung mit Abitur nahmen in den Jahren 1982 bis 1984

    a) ein Studium an einer wissenschaftlichen Hochschule,

    b) ein Studium an einer Fachhochschule,

    c) eine Berufstätigkeit

    auf?

Wie viele dieser Personengruppe wurden im Zeitraum von sechs Monaten nach der Berufsausbildung für wie lange arbeitslos?

Bonn, den 1. Februar 1985

Dr. Jannsen
Schoppe, Dr. Vollmer und Fraktion

Druck: Thenée Druck KG, 5300 Bonn, Telefon 23 19 67
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, Postfach 20 08 21, Herderstraße 56, 5300 Bonn 2, Telefon (02 28) 36 35 51
ISSN 0722-8333